

Fachtagung von Kurd-Akad in Dortmund

Der Weg zum Frieden in Kurdistan: Friedensmodelle im internationalen Vergleich

25.01.2014

Handwerkskammer Dortmund

Reinoldstraße 7-9

44135 Dortmund

Beginn:13:00 Uhr



Dokumentation



Kontakt: Netzwerk Kurdischer AkademikerInnen e.V. / www.kurd-akad.com / Email: info@kurd-akad.com



Fachtagung

„Der Weg zum Frieden in Kurdistan: Friedensmodelle im internationalen Vergleich“

Editorial

Friedensgespräche bilden eine unerlässliche Voraussetzung zur Beilegung gewaltbehafteter Konflikte. Dem Dialog und den Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien muss jedoch auch ein progressiver Friedensprozess folgen, um eine stabile Lösung zu schaffen.

Einerseits sind uns aus der jüngsten Geschichte Europas einige elementare nationalstaatliche Konflikte bekannt, ebenso die fortwährenden Versuche, diese zu befrieden. Dazu gehört die ungeklärte Nordirland- aber auch die Baskenland-Frage. Dort sind die bewaffneten Auseinandersetzungen mittlerweile beigelegt. Andererseits stehen eine vollständige Aufarbeitung der Verbrechen und eine nachhaltige Sicherung von Mitbestimmungs- sowie Selbstverwaltungsmechanismen noch aus.



Im Nahen Osten flammt eine Vielzahl von regionalen Konflikten immer wieder auf, die größtenteils aus den Nationalstaatsgründungen infolge der Aufteilung der osmanischen Reichsgebiete nach Ende des Ersten Weltkriegs resultieren. Einer der noch immer ungelösten Konflikte ist die Kurdische Frage. Das kurdische Siedlungsgebiet wurde zwischen den Staaten Türkei, dem Irak, Syrien und dem Iran aufgeteilt und ist durch Staatsgrenzen getrennt. In diesen Staaten wird noch immer eine rigorose Assimilations- und Marginalisierungspolitik gegenüber der kurdischen Bevölkerung verfolgt.

Seit dem Frühjahr 2013 hat sich eine neue Möglichkeit auf Frieden in Nordkurdistan (Türkei) eröffnet. Der Gesprächsprozess zwischen Vertretern der türkischen Regierung und dem politischen Repräsentanten der kurdischen Bevölkerung, Abdullah Öcalan, sowie kurdischen Parteien zur friedlichen Lösung der politischen und sozialen Konflikte ist eingeleitet und durch den Rückzug der bewaffneten kurdischen Guerillaeinheiten aus türkischem Staatsgebiet bestätigt. Doch die Verhandlungen sind nach mehreren Monaten ins Stocken geraten.

Der Gesprächsprozess zwischen Vertretern der türkischen Regierung und dem politischen Repräsentanten der kurdischen Bevölkerung, Abdullah Öcalan, sowie kurdischen Parteien zur friedlichen Lösung der politischen und sozialen Konflikte ist eingeleitet und durch den Rückzug der bewaffneten kurdischen Guerillaeinheiten aus türkischem Staatsgebiet bestätigt. Doch die Verhandlungen sind nach mehreren Monaten ins Stocken geraten.

In der Fachtagung (25.01.2014, Dortmund) wurde mithilfe von zwei aufeinander folgenden Foren und einer Abschlussdiskussion debattiert, welche Möglichkeiten die Friedensverhandlungen für eine politische Lösung der Kurdischen Frage bieten: Das erste Forum bot einen Vergleich mit ethnischen und konfessionell konnotierten Friedensprozessen an den Beispielen Nordirland und Baskenland. Das zweite Forum richtete den Fokus auf die Kurdische Frage im Staatsgebiet der Türkei und die gegenwärtigen Bedingungen für einen Friedensprozess.

Die Redebeiträge der Foren wurden durch ein Dokumentationsteam festgehalten, das sich auch Mitgliedern des Vorstands von Kurd-Akad. Netzwerk kurdischer AkademikerInnen e.V. (Veranstalter) und des Studierendenverbands als Unterstützer (YKK-Verband der Studierenden aus Kurdistan e.V.) zusammensetzte. Die Zusammenfassungen der Reden/Referate lehnen sich im Wesentlichen am Wortlaut der RednerInnen/ReferentInnen an und übernehmen daher deren Redeperspektive.

**Vorstand von Kurd-Akad. Netzwerk kurdischer AkademikerInnen e.V.
und das Dokumentationsteam**



FORUM 1:

Internationale Friedensprozesse im Vergleich

Dr. Uschi Grandel (Info Nordirland, Info Baskenland):

Anspruch und Wirklichkeit vom Friedensprozess und politischer Partizipation in Nordirland und im Baskenland

Michael Lüders (Nahost-Experte, Deutschland):

Lösungsoptionen in Konfliktregionen des Nahen Ostens

Moderation: Heike Geisweid (Rechtsanwältin, MAF-DAD e.V., Köln)

FORUM 2:

Demokratisierung und Partizipation in der Türkei Impulsreferat

(Verband der Studierenden aus Kurdistan, Köln):

Der steinige Weg zu einem Frieden in Kurdistan –a summary

Hasip Kaplan

(Mitglied des türkischen Parlaments/Die Partei für Demokratie und Frieden-BDP, Türkei)

Forderungen und Ansprüche der kurdischen Gesellschaft:

Der türkisch-kurdische Friedensprozess zwischen Progression und Stagnation:

Wege zu einem gerechten Frieden aus Sicht der Kurden

Prof. Mithat Sancar (Rechtswissenschaftler, Türkei):

Ein Abriss der Friedensverhandlungen und die Leitlinien der türkischen Regierungspolitik

Öztürk Türkdoğan (Vorsitzender des Menschenrechtsvereins IHD, Türkei):

Die Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen in der Türkei

Havin Güneşer

(Internationale Initiative 'Freiheit für Abdullah Öcalan- Frieden in Kurdistan', Köln):

Europäische und internationale Interessen im kurdischen Konflikt

Moderation: Gökyay Akbulut (Politikwissenschaftlerin, Cîvaka Azad e.V., Frankfurt a.M.)

ABSCHLUSSDISKUSSION:

- Möglichkeiten und Grenzen von Friedensprozessen im internationalen Vergleich und in Bezug auf die Kurdische Frage - Lehren aus anderen Konflikten und Regionen für die kurdische Bewegung

- Demokratische Gestaltung eines nachhaltigen Friedens in einer modernen Türkei: Die Sicherung der Mit- und Selbstbestimmungsrechte der Kurden in der Türkei

Moderation: Brigitte Schubert (Dipl. Pädagogin, Dortmund)



Auswertung der Fachtagung „Der Weg zum Frieden in Kurdistan: Friedensmodelle im internationalen Vergleich“

Was sind die Lehren, die sich aus internationalen Friedensprozessen ergeben?

Dr. Uschi Grandel (Info Nordirland/Info Baskenland) erläuterte eingangs, dass jeder Friedensprozess zwar einzigartig sei, doch Machtstrukturen und -mechanismen ähnlich wirken, so im Kolonialismus und im Imperialismus. Daher könne aus den Konzepten, Errungenschaften und Fehlern der anderen gelernt werden.

Der Nordirland-Konflikt sei durch die koloniale Haltung Großbritanniens zu erklären. Die Unabhängigkeitsbewegung der Iren sei aus einem faktisch britischen Apartheidsregime hervorgegangen und zunehmend konfessionell ausgelegt worden. Der Waffenstillstand der IRA (Irish Republican Army) von 1994 war ein erster Schritte zur politischen Lösung, woraufhin das Belfaster Abkommen/Karfreitagsabkommen 1998 unterzeichnet wurde.

Demokratisierung und Entmilitarisierung

Der wesentliche Gehalt des Friedensabkommens in Nordirland sei insgesamt die Demokratisierung der Staatsstrukturen gewesen, wie auch des Geheimdienstes von Nordirland und die Befriedung der bewaffneten Kontrahenten. Das Friedensabkommen sei nicht nur wegen erfolgter Entmilitarisierung erfolgreich gewesen, sondern insbesondere auch, weil es Polizeireformen beinhaltete, die ein modernes Polizeirecht mit Stadträten als Kontrollgremien zustande gebracht haben.

Zivilgesellschaftliche Aussöhnung und internationale Kooperationen

Zusammengefasst sind aus Sicht der Referentin die Beteiligung der Bevölkerung und Zivilgesellschaft wesentliche Garanten für einen stabilen Friedens- und Aussöhnungsprozess, wozu auch das Zugehen auf die reaktionären Parteien gehöre, aber auch eine internationale Unterstützung durch andere Freiheitsbewegungen, wie die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen der nordirischen Unabhängigkeitsbewegung und dem südafrikanischen ANC (African National Congress) beweise. Die Unterstützung durch die großen irischen Communities in den USA und in Großbritannien schein ebenso wichtig. Schließlich sei die Aufarbeitung der Vergangenheit unerlässlich, wie durch die nordirische Kampagne

für Gerechtigkeit gegenüber den Opfern von Staatsapparatsterrorismus.

Politisierung entgegen der Interessensdivergenzen

Der Konflikt im Baskenland existiere seit der Franco-Diktatur, da ein geordneter Übergang vom Faschismus zur Demokratie nicht gelungen sei. Der bewaffnete Kampf und die Forderung nach einem Selbstbestimmungsrecht im Baskenland seien vor allem gegen den zentralistischen spanischen und französischen Nationalstaat gerichtet.

Während der Friedensverhandlungen sei es immer wieder zu Anschlägen gekommen. Trotz der anhaltenden Friedensverhandlungen zwischen 2005-07 herrsche ein gesundes Misstrauen gegenüber den Profiteuren des Konflikts, die größtenteils im spanischen Staat verortet werden, denn nicht der Konflikt werde von den Kriegsprofiteuren als Bedrohung empfunden, sondern ein möglicher politischer Lösungsprozess.

Der spanische Staat fürchte die Politisierung der Basken (Baskische Linke Unabhängigkeitsbewegung) stärker als eine bewaffnete Auseinandersetzung: Zunächst, während der bewaffneten Auseinandersetzungen in den 1980er Jahren propagierte der spanische Staat, die Basken sollten ihre Rechte durch friedliche und politische Beteiligung durchsetzen. Nach den politischen Erfolgen in den 1990ern wurde die baskische Bewegung als „Ableger der terroristischen ETA“ diffamiert. Darauf folgten staatlich initiierte Massenprozesse gegen politische Betätigung, wie beispielsweise der gegen Jugendliche und Jugendorganisationen. Daraus ließe sich schlussfolgern, dass der spanische Staat keine politische Lösungen und Antworten aufbieten konnte oder es an Lösungsbereitschaft mangelte.

Grundpfeiler eigener Politik

Auch infolgedessen wurden durch die baskische Bewegung unerlässliche Säulen (2010) bestimmt, zu denen die Unterstützung durch die baskische Bevölkerung und ihre Mobilisierung auf der Straße gehört, aber auch die internationale politische Gemeinschaft in ihrer Vermittlerrolle zu gewinnen.⁽¹⁾ Außerdem besteht die Prämisse, jedwede Gewalt auf den Straßen zu vermeiden.

1) Höhepunkt des Friedensprozesses bildete eine Friedenskonferenz mit baskischer Zivilgesellschaft und unter Beteiligung repräsentativer Akteure der internationalen Gemeinschaft, wie Kofi Anan und Jerry Adams.



Neustrukturierung des Nahen Ostens

Der Nahost-Experte Dr. Michael Lüders wies darauf hin, dass Friedensprozesse als langwierige Entwicklungen zu betrachten seien, wie die Beispiele Nordirland und das Baskenland verdeutlichen. Es gebe auch stets bestimmte Gruppen, die an einem Wandel nicht interessiert seien und auf ihre bestehenden Privilegien beharren. Die Kurden seien, historisch betrachtet, Verlierer der Aufteilung der Osmanischen Gebiete nach dem Erstem Weltkrieg, doch gegenwärtig eröffneten sich neue Chancen, wie durch die südkurdische Autonomieregion im Nordirak oder in Syrien erkennbar. Doch ein Grundproblem seien die noch immer bestehenden feudalen Strukturen (ethnisch, konfessionell), die die nationale Identitätsbildung behinderten und politische Kleinstgebilde ohne staatliche Einheit beförderten. Eine voranschreitende Fragmentierung der Gebiete sei jedoch bedenklich, da das Fortbestehen von Kleinstaaten ohne gemeinsame Wirtschaftseinheit und pluralistisch verfasster Freiheitsordnung fraglich sei. Ein kurdisches Nationalstaatsgebilde sei schwierig durchzusetzen und eine kulturelle sowie politische Autonomie, die Verwirklichung von Rechtsstaatlichkeit und eine konsequente Entmilitarisierung von größerem Belang.

Welche gesellschaftlichen und politischen Forderungen stehen in der Türkei zur Debatte?

Der Parlamentsabgeordnete der BDP (Partei für Frieden und Demokratie) für Sirnak/Türkei, Hasip Kaplan wies auf die bedeutenden Errungenschaften der Kurdischen Bewegung hin. Die kurdische Identität und Kultur sei vor vollkommener Assimilation bewahrt und ein Mindestmaß an Akzeptanz sowohl in der Türkei als auch auf der internationalen Weltbühne geschaffen worden. Mittlerweile seien die größtenteils kurdisch besiedelten Gebiete in Nordkurdistan (Türkei) über die Kommunalverwaltungen durch BDP-Mitglieder dominiert. Abdullah Öcalan werde als Repräsentant der Kurden wahrgenommen und sei bestimmend für eine Demokratisierung und Befriedung der Türkei. Im Westen der Türkei werde ein Demokratisierungs- und Friedensprozess für die ganze Türkei debattiert. Doch der türkischen Regierung fehle es an Initiative und Programmen, Freiheiten und Grundrechte zu schaffen, wie bspw. der Stillstand der Verfassungskommission zeige. Die

vielfältige Gesellschaft in der Türkei müsse sich in einem pluralistischen Parlament und einer integrativen Politik widerspiegeln.

Hasip Kaplan verwies darauf, internationale Friedensprozesse zeigten, dass konkrete Lösungsschritte den eigentlichen Friedensprozess einleiten. So wurde erst mit der Umsetzung der Generalamnestie von politischen Gefangenen in Nordirland der Weg zu einem Friedensprozess beschritten.

Mit welchen Maßnahmen sollte der Prozess von Aussöhnung und Ausgleich zwischen den Konfliktparteien und der Gesamtgesellschaft gesichert werden?

Juristische Aufarbeitung von Verbrechen

Der Vorsitzende des Menschenrechtsvereins IHD (Insan Haklar Dernegi), Öztürk Türkdogan gab zunächst einen Überblick über die Rechtsgrundlagen des Internationalen Völkerrechts der Vereinten Nationen (Römisches Statut, 1998), auf die sich der Menschenrechtsverein beruft, die jedoch überwiegend von der türkischen Regierung nicht getragen werden bzw. unerfüllt bleiben. Eine Aufarbeitungen und Aufklärung durch juristische Ermittlungen und Verfahren zu sichern, sei sowohl für die Opfer und deren Angehörige von Bedeutung als auch für die gesamte Gesellschaft. Untersuchungen und Zahlenmaterial der NGOs unterscheiden sich erheblich von den wenigen Untersuchungen des Staates des Staates, wie die Ermittlungen zu den Opfern von Vertreibung und unrechtmäßigen Hinrichtungen zeigen. Die Regierung habe zwar ein paar wenige Untersuchungen über parlamentarische Untersuchungsausschüsse durchführen lassen, doch diese überwiegend nicht abschließend ausgewertet. Sämtliche Untersuchungen der Regierungen folgen der Begründung der Terrorismusbekämpfung und betrachten die Vorfälle im Rahmen der staatlichen Sicherheitspolitik. Die Perspektive, Freiheitsrechte zu wahren oder der Diskriminierung und Unterdrückung von bspw. den Kurden entgegenzuwirken, wird nicht eingenommen.

Zivilgesellschaftliche Aufarbeitung und Aussöhnung

Auf der anderen Seite wurde der Rat der Waisen mit ernsthaften Anliegen gegründet, auch wenn seine Ergebnisse noch ausstehen. Es gebe weitere zivilgesellschaftliche Initiativen, wie die des Friedensrats, einiger Menschenrechtsinitiativen und zudem eine Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission zu den



Folter-Vorfällen im Diyarbekir Gefängnis No. 5 mit über 800 Opferberichten. Der Menschenrechtsverein setze sich für eine Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission auch für jüngere Verbrechen ein, denn die Täter seien teilweise noch immer in Posten und Ämtern. Zur Aufarbeitung gehöre aber auch die Neubewertung der Geschichtsschreibung seit dem Ende des Osmanischen Reiches. Der staatlich verordnete türkisch-sunnitische Nationalismus habe eine intolerante und brutale Assimilationspolitik forciert, weshalb historische Geschichtsdeutungen zur z.B. Jungtürkenbewegung, den Genoziden und Massaker an u.a. Armeniern/Assyrern, Griechen, Aleviten überarbeitet werden müssten. Eine Anerkennung historischer Verbrechen/Genozide im Rahmen einer gesellschaftlichen Aussöhnung seitens der türkischen Regierung stehe noch immer aus. Auch der Völkermord an den Armeniern und Assyrern, aber auch andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit würden noch immer nicht akzeptiert und eine historische Aufarbeitung mittels von Erinnerungs- und Gedenkkultur verhindert.

Welche Faktoren wirken auf den Friedensprozess?

Der Rechtswissenschaftler Prof. Mithat Sancar erläuterte eingangs seine Grundannahme, nach der Friedensprozesse nicht auf Vertrauensverhältnissen basieren. Es sei darauf zu bauen, dass eine der Seiten demokratisch motiviert ist. Der Friedensprozess werde von den unterschiedlichen Parteien nicht nur aus idealistischen und humanistischen Gründen eingeleitet und vollzogen, sondern eigentlich um unterschiedliche Ziele und Forderungen durchzusetzen. Grundlegend stehe einerseits gegenwärtig die Frage im Raum, inwiefern die Neustrukturierung des Nahen Ostens durch Kriege oder politische Vereinbarungen bevorstehe? Es stehe außerdem zur Debatte, wie dieser Nahe Osten, der durch vielfältige Ethnien und Konfessionsgemeinschaften unter unterschiedlichen politischen Konstrukten geprägt sei, gestaltet werden wird, kleinstaatlich oder durch größere Einheiten. Kleinstaatsverfechter müssten viele kriegerische Auseinandersetzungen, ob nun im Irak, in Syrien oder im Iran in Kauf nehmen. Dahingegen werde ein Föderalismus bzw. Konföderalismus im Nahen Osten von der kurdischen Bewegung als strategisches Ziel verfolgt, die weniger eine nationalstaatliche Loslösung aus den jeweiligen Staaten favorisieren als vielmehr die Durchsetzung von Selbstverwaltungs- und Partizipationsstrukturen

in den jeweiligen Staaten.

Herr Sancar betonte, dass Abdullah Öcalan der Architekt dieses neuen Friedensprozesses sei.

Welche Lösungswege eröffnen sich?

Die Sprecherin der Initiative Freiheit für Öcalan-Frieden in Kurdistan, Havin Güneser bestätigte, so wie auch aus den Beiträgen zu Nordirland und dem Basenland deutlich wurde, ein Vergleich mit internationalen Friedensprozessen zeige, dass die Phase offizieller Friedensgespräche und –verhandlungen äußerst sensibel sei. So habe es in Südafrika zeitgleich zu den Verhandlungen Übergriffe und Massaker, bis hin zu Genoziden gegeben. Selbst als Mandela freigelassen wurde, habe es Morde an Aktivisten gegeben.

Mandela sei jahrzehntelang als Terrorist gebrandmarkt worden, nicht nur vom südafrikanischen Apartheidsregime, sondern auch von der internationalen Staatengemeinschaft. Eine internationale Unterstützung sei deshalb nicht zwingend vorhanden sondern ergebe sich auch zu unterschiedlichen Phasen.

Es sei deutlich, dass internationale Mächte durch ihre Politik (historisch) konfliktverursachend oder –schürend wirken können, wie beispielsweise durch eine imperialistische Interessenspolitik im Nahen Osten, deren Auswirkungen die KurdInnen durch Unterdrückung erleiden müssen. Im Bürgerkrieg in Syrien sei das Interessensgemenge deutlich spürbar. Einerseits werden die Kurden zu einer eindimensionalen Haltung aufgefordert, sich entweder für oder gegen das Assad-Regime zu positionieren. Andererseits werde ihr dritter Weg eigener Verwaltungsstrukturen ignoriert und sie als Akteure ausgegrenzt, wie jüngst in der Genfer Konferenz, zu der sie nicht eingeladen wurden.

Von kurdischer Seite erarbeitete Lösungskonzepte wie zur Demokratisierung der türkischen Staatsstrukturen oder zur Schaffung föderaler Verwaltungsstrukturen würden nicht wahrgenommen. Abdullah Öcalan verteidige seine Konzepte zur Befriedung, Demokratisierung und Föderalisierung der Türkei und des Nahen Ostens, die unbestritten dem Gedanken der Völkerverständigung folgten. Um den Friedensprozess zu beschleunigen und zu sichern, setze sich die Initiative für seine schnellstmögliche Freilassung ein. ■



Eröffnungsrede

Dr. Dersim Dagdeviren, Vorsitzende von Kurd-Akad

*Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Freundinnen und Freunde,*

*im Namen des Netzwerkes kurdischer Akademikerinnen
und Akademiker begrüße
ich sie herzlich zu unserer alljährlichen Fachtagung diesmal
mit dem Titel „Der Weg zum Frieden in Kurdistan – Friede-
densmodelle im internationalen Vergleich“.*

*Ganz besonders begrüßen möchte ich die Rednerinnen und
Redner des heutigen Tages:*

- Frau Dr. Uschi Grandel von der Info Nordirland / Info Bas-
kenland*
- Frau Havin Güneser von der Internationalen Initiative Frei-
heit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan*
- Herr Michael Lüders, Nahost-Experte*
- Herrn Hasip Kaplan, Abgeordneter der Partei für Frieden
und Demokratie BDP im türkischen Parlament*
- Prof. Mithat Sancar, Rechtswissenschaftler aus der Türkei*
- Herrn Öztürk Türkdogan, Vorsitzender des Menschen-
rechtsvereins IHD aus der Türkei*



Herr Mapaila, der Gastredner aus Südafrika, hat leider vor zwei Tagen kurzfristig seine Teilnahme abgesagt.

Ich begrüße auch herzlich die Moderatorinnen des heutigen Tages

- die Diplom-Pädagogin Brigitte Schubert*
- die Politikwissenschaftlerin Gökay Akbulut*
- die Rechtsanwältin Heike Geisweid*

*Begrüßen möchte ich zudem die zahlreichen Übersetzerinnen und Übersetzer, ohne die eine solche Fachta-
gung kaum gelingen kann.*

Ich bedanke mich auch ganz herzlich bei den Unterstützern der Fachtagung:

- dem Verband der Studierenden aus Kurdistan YXK*
- dem Kurdischen Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit Civaka Azad*
- bei der Internationalen Initiative Freiheit für Öcalan – Frieden in Kurdistan*
- Organisationen, mit denen wir häufig und gerne kooperieren.*

Der Handwerkskammer Dortmund möchte ich für die Bereitstellung der Räumlichkeit danken.

*Ich möchte mich auch bei den Sponsoren, vornehmlich Dortmunder Geschäftsleute, bedanken, die durch
ihre Geld- und Sachspenden zum Gelingen der Fachtagung beigetragen haben.*



Die Teilnehmerzahl zeigt, wie brisant und wichtig zugleich die Thematik ist, mit der wir uns heute befassen: dem Weg zum Frieden in Kurdistan und damit auch dem Weg zum Frieden im Nahen Osten.

Denn die politische Lösung der kurdischen Frage ist essentiell für die gesamte Region.

Doch dies findet regional und international nur bedingt Beachtung. Die 2. Syrienkonferenz in Genf fand ohne kurdische Repräsentanz statt. Dennoch gehen die Kurden gemeinsam mit den Völkern Syriens ihren Weg zu einem freien und selbstbestimmten Leben. Vor wenigen Tagen deklarierten sie in Westkurdistan die demokratische Autonomie, ein Lösungsmodell für die Konfliktbeilegung in der gesamten Region.

Doch das Konzept der demokratischen Autonomie ist den regionalen und internationalen Kräften ein Dorn im Auge, insbesondere auch der Türkei.

Wie notwendig allerdings die Demokratisierung der Türkei ist, zeigt sich an den brutalen Übergriffen auf die Protestbewegung vom Gezi Park, die Bilder gingen um die Welt, an dem jüngsten Korruptionsskandal in der Türkei sowie an den in diesem Zusammenhang geführten Diskussionen und Ereignissen rund um sog. parallele Staatsstrukturen und die Gülen Bewegung und an der weiterhin ungelösten kurdischen Frage.

Seit Dezember 2012 finden zwischen dem politischen Repräsentanten der kurdischen Bevölkerung, Abdullah Öcalan, und türkischen Regierungsvertretern Gespräche für eine politische Lösung der kurdischen Frage statt. Während die erste Phase mit einem einseitigen Waffenstillstand und dem Rückzug der Guerillakräfte aus türkischem Territorium abgeschlossen wurde, lässt die zweite Phase, in der die türkische Regierung und das Parlament gefordert sind, auf sich warten.

Statt auf Transparenz, Aufklärung und Demokratie setzt der türkische Premierminister Tayyip Erdogan weiterhin auf die Machtausübung a la „Sultan von Ankara“.

Vergessen werden dürfen als weitere bedeutende Faktoren dieses Prozesses auch nicht die bevorstehenden Kommunalwahlen am 30. März 2014 – bitte beachten Sie hierzu auch den Aufruf von Civaka Azad zu Wahlbeobachterdelegationen – sowie die Aufklärung der Morde an den drei kurdischen Politikerinnen Sakine Cansiz, Fidan Dogan und Leyla Saylemez am 9. Januar 2013 in Paris. Hier deuten jüngst veröffentlichte Tonbandaufzeichnungen und Geheimdienst Dokumente auf eine Beteiligung türkischer Geheimdienste hin.

Mit unserer heutigen Konferenz möchten wir, auch durch den Vergleich mit anderen ethnisch und konfessionell konnotierten Friedensprozessen, die momentanen Bedingungen für einen Friedensprozess sowie die sich daraus generierenden Möglichkeiten und Grenzen thematisieren.

Abdullah Öcalan sagte in seiner historischen Erklärung am 21. März 2013:

„Heute beginnt eine neue Ära.

Eine Tür öffnet sich von der Phase des bewaffneten Widerstands zur Phase der demokratischen Politik.

Es beginnt eine Ära, die sich vorwiegend um Politik, Soziales und Wirtschaft dreht; es entwickelt sich ein Denken, das auf demokratischen Rechten, Freiheit und Gleichheit beruht.“

In diesem Sinne wünsche ich uns allen eine interessante Fachtagung mit spannenden, vielseitigen Diskussionen und wegweisenden Ergebnissen. ■



Anspruch und Wirklichkeit vom Friedensprozess und politischer Partizipation in Nordirland und im Baskenland

Dr. Uschi Grandel – Info Nordirland, Info Baskenland

Der irische Friedensprozess

Wenn man über Nordirland spricht, dann redet man eigentlich über den irischen Entkolonialisierungsprozess. Irland war einer der ältesten Kolonien Großbritanniens. Eine Jahrhundert lange Unterdrückung durch England war an der Tagesordnung.

Eine der ganz wichtigen Institutionen, die sich in diesem Zusammenhang gegründet haben und die noch heute eine Rolle spielen, waren die Orange Orden. Die neuen Siedler, die aus England und Schottland nach Irland gegangen sind, um dort die englische Krone zu verteidigen und das Land zu besiedeln, zumeist historisch protestantisch, Orange Orden organisiert in einer Organisation, die antikatholisch und antiirisch ausgerichtet war. Damit sollte der Konflikt praktisch aus der Kolonialthematik in eine religiöse Thematik transferiert werden.



Anfang des letzten Jahrhunderts begannen die Emanzipationskämpfe in Irland; Freiheitskämpfe verschiedener irischer Bewegungen gegen die Kolonien. Es entstand die irisch-republikanische Armee (IRA), die heute noch eine große Rolle spielt und diesen Prozess im Wesentlichen treibt. Damals wurde sie durch die UNITED IRISHMAN gegründet, die ganz gezielt Anfang des 19. Jahrhunderts zu ihrer Gründungsphase gesagt haben, für sie ist Religion ein Thema der privaten, persönlichen und individuellen Orientierung und kein politisches Thema. Sie streben ein Land an, in dem alle Atheisten, Protestanten und Katholiken eine Heimat finden können.

Der Osteraufstand von 1916 ist zwar niederschlagen worden, aber die IRA hat einen erfolgreichen Anti-

kolonialkampf geführt, der darin mündete, dass ein Teil Irlands zum Freistaat wurde. Im Prinzip wäre Irland befreit worden, wenn nicht Großbritannien in seiner Not den letzten nordöstlichen Zipfel Irlands abgetrennt und 1921 durch den Gouvernment of Ireland Act zu einem eigenständigen Kunststaat erklärt hätte. Dies war notwendig geworden, weil im Nordosten ein großer Teil der Industrie saß und dieser für Großbritannien auch militärisch wichtig war. Dieser Gouvernment of Ireland Act hat im Prinzip die Probleme hervorgerufen, die wir heute als Nordirlandkonflikt verstehen. Man wollte im nordöstlichen Teil Irlands eine protestantische Mehrheit sichern. Der Orange Orden beeinflusst weite Teile der protestantischen Bevölkerung. Sie wussten, dass dieser Staat sich wehren musste, weil es der letzte ungelöste Teil der Entkolonialisierung war. 50 Jahre lang gab es in Nordirland eine Parteiherrschaft im Wesentlichen ähnlich einer Apartheitsregierung. Es gab für die irische Bevölkerung in Nordirland keine Wohnungen, keine Arbeitsplätze,

nur heruntergekommene Slums, was schließlich zu einer großen Bürgerbewegung geführt hat, die von der Straße geprügelt wurde. Damit begann dann der bewaffnete Kampf zwischen der IRA und dem britischen Staat.

1994 deklarierte die IRA einen Waffenstillstand. Die IRA hat äußerst frühzeitig angefangen, Waffenstillstände und Friedensprozesse einzuleiten, um den Kampf auf eine politische Ebene zu transferieren. Es hat lange gedauert, bis die politischen Initiativen an die Öffentlichkeit gingen. 1994 hat die IRA mit einem Waffenstillstand den Weg für Friedensverhandlungen geebnet und 1998 wurde das Belfaster Abkommen von den wesentlichen Konfliktparteien



unterzeichnet. Der Machtkampf zwischen Kolonialherren und Kolonialiserten fand jedoch kein Ende mit dem Abkommen. Dieses Abkommen beinhaltete nicht die Einlösung der Ziele der IRA, nämlich das eines freien selbstbestimmten Irlands. Es war ein demokratisches Abkommen. Es ging um die Demokratisierung des Kunststaates. Dazu gehörte die Reduktion der Militärpräsenz. Desweiteren ging es darum, die Möglichkeit zu schaffen, die einzelnen Projekte der verschiedenen Gruppen in einer friedlichen und demokratischen Weise zu artikulieren und dafür Unterstützung zu suchen.

Das Abkommen war von der militärischen Seite aus ein Erfolg. Die IRA vernichtete 2005 unter internationaler Beobachtung alle Waffen. Die britische Armee hatte sich aus den Hochburgen Nordirlands zurückgezogen und die Stärke von 30000 Soldaten auf 5000 reduziert. 2001 wurden die Gefangenen (3 Jahre nach dem Friedensprozess) freigelassen. Es gab Auflagen zum Wirken und Arbeiten der Polizei. Nordirland hat heute das modernste Polizeirecht, was die Beteiligung der Bevölkerung angeht. Die Polizeikräfte müssen sich vierteljährlich einer Stadtteilversammlung stellen und der Bevölkerung Rechenschaft über das abgelaufene Vierteljahr ablegen. Auf diese Art und Weise erhofft man sich eine Kontrolle der Polizei durch die Bevölkerung. Das Abkommen hat einige Erfolge zu verzeichnen, auch wenn der ganze Friedensprozess noch nicht abgeschlossen ist. Um den nordirischen Friedensprozess voranzutreiben, ist die Partizipation der Bevölkerung und der Zivilgesellschaft wichtig. Des Weiteren ist das Zugehen auf die Unionisten (die Teile der Bevölkerung, die für eine Union Großbritanniens stehen) von großer Bedeutung.

Anfang 2014 ist ein Verhandlungsprozess, in dem es um die Entkolonialisierung und die Aufarbeitung der Vergangenheit ging, gescheitert. Der Konflikt entwickelt sich in eine positive Richtung, aber er ist noch lange davon entfernt, gelöst zu werden.

Der baskische Friedensprozess

Der Konflikt im Baskenland ist eigentlich deswegen noch existent, weil nach der Franco-Diktatur der Übergang zur Demokratie in Spanien nicht gelungen ist. Teile des antifaschistischen Kampfes schließen auch den Kampf um die Selbstbestimmung der Na-

tionen in Spanien ohne Staat ein. Das Baskenland ist eine der Nationen, in der dieser Kampf um das Selbstbestimmungsrecht bewaffnet ausgetragen worden ist. Katalonien hat damit Schlagzeilen gemacht, die Autonomie auszudehnen und dadurch den Kampf durchzusetzen, was jedoch nicht gelang.

Nun wird eine Unabhängigkeit angestrebt. In dem missglückten Übergang von Franco-Faschismus in die demokratische Neuzeit, in der auch Deutschland eine Rolle spielt, wurde versucht, nicht zu radikal zu sein und nicht zu viel zu verändern. Der spanische König Juan Carlos, der immer noch an der Macht ist, wurde damals von Franco als Nachfolger designiert. Er war immer der Garant dafür, dass sich in Spanien nicht allzu viel ändern soll. Die Basken selbst hatten in der Vergangenheit mit fremden Herrschern keine Probleme, weil in früheren Jahrhunderten diese Herrscher immer sehr formale Herrscher waren. Sie garantierten den Basken ihre Sonderrechte und damit im Prinzip ihr Selbstbestimmungsrecht.

Im Gegenzug haben die Basken für diese Herrscher z.B. Kriegsdienste übernommen, wenn sie das Baskenland gegen Eindringlinge verteidigt haben; ansonsten waren sie autark. Das hat sich mit der Industrialisierung und mit der Macht größerer Zentralstaaten und der Wirtschaftsmacht der Zentralstaaten geändert, wodurch der Konflikt dann auch entstanden ist.

Im Baskenland drehte es sich um die Frage der baskischen Nation und des baskischen Selbstbestimmungsrechts. Dies wird besonders erschwert dadurch, dass die Basken über kein eigenes Territorium verfügen, welches unter spanischer Kontrolle steht, sondern sieben baskischen Provinzen, verteilt auf zwei spanische Regionen, vorhanden sind. Drei der Provinzen liegen in Frankreich und sind auch nicht eigenständig, sondern sind dem Departement Atlantic untergeordnet. Das bedeutet: Um als Nation bestehen zu bleiben, die eigene Kultur und die eigene Sprache weiterzuführen ist die Aufspaltung auf zwei Staaten und mehrere Provinzen extrem schwierig. Die Volksfrontregierung, gegen die der Diktator Franco in den 30 Jahren geputscht hat, hatte den Basken größere Autonomie versprochen.

Auf Bitten von Branco wurde Guernica (heilige Stadt der Basken) bombardiert, eines der größten zivilen



Massaker in der Geschichte vor dem 2. Weltkrieg. Der Konflikt wurde weiterhin bewaffnet ausgetragen. Es gibt auch im Baskenland seit Ende der 80er Jahre den Versuch, friedliche Lösungen für diesen Konflikt zu finden. Jedoch mussten die Basken feststellen, dass der Weg für eine friedliche Lösung hauptsächlich durch die baskische linke Unabhängigkeitsbewegung getrieben wurde, die im Baskenland eine große Unterstützung in der Bevölkerung hat.

Die Konfliktlösungsprozesse zwischen den politischen Parteien und der ETA scheiterten. Der letzte Prozess ging von 2005 bis 2007, wurde mit internationaler Unterstützung durchgeführt und kam sehr weit, jedoch scheiterte dieser Prozess. Arnaldo Ortegíe (ehemaliges Mitglied der ETA) sagt, dass dieser Prozess eigentlich alle Themen auf den Tisch gebracht hatte; aber er scheiterte trotzdem. Laut Arnaldo Ortegíe scheiterte der Friedensprozess an folgenden Gründen: Es gab in der spanischen Regierung einen Teil des Machtapparates, der sich im Konflikt eingerichtet hat, dem die politischen Argumente fehlen und dem eine Polizei und Militärerhaltung und ein offener Konflikt lieber ist, als eine politische Auseinandersetzung.

Die linke Unabhängigkeitsbewegung hat sehr lange geglaubt, dieser Konflikt könne durch Verhandlungen mit dem Staat gelöst werden.

So sah sie die ETA auch als Garant für eine massive Gegenwehr gegen die Angriffe des spanischen Staates und damit als Druckmittel. Gegenüber einem Staat, der den Konflikt eigentlich gar nicht als Bedrohung begreift, sondern eher den politischen Prozess, ist eine solche Argumentation schwierig.

Die baskische linke Unabhängigkeitsbewegung hat sich den irischen und südafrikanischen Prozess als Vorbild genommen. Die Unabhängigkeitsbewegung muss Abschied vom Gedanken nehmen, mit dem bewaffneten Kampf den Staat von Konzessionen abbringen zu können. Das ist nicht der funktionierende Weg für die Konfliktlösung. Sie stützt sich auf 2 Säulen. Die erste Säule ist die baskische Bevölkerung. Es werden weitere linke Bündnisse geschlossen.

Die zweite Säule ist die Mobilisierung der internationalen Gemeinschaft. Um beide Ziele zu erreichen, muss die Gewalt der linken Unabhängigkeitsbewegung von der Straße verschwinden. Dieser Prozess

ist eingeleitet worden. Die ETA hat den Prozess mit einem Waffenstillstand möglich gemacht.

Der Prozess ist 2010 gestartet und hatte seinen Höhepunkt 2011 in der Friedenskonferenz von Aiete, wo gemäß dieser neuen Strategie nicht der spanische Staat mit am Verhandlungstisch saß, sondern die baskische Zivilgesellschaft und die internationale Gemeinschaft. Die internationale Gemeinschaft wird durch hochrangige Persönlichkeiten repräsentiert wie Kofi Annan, Gerry Adams, Tony Blair und Bill Clinton, die eine Roadmap für den weiteren Friedensprozess vorgeschlagen haben. Dies führte dazu, dass die ETA drei Tage später ihren bewaffneten Kampf beendet hat. Die Strategie der baskischen Unabhängigkeitsbewegung ist darauf ausgerichtet, sowohl die internationale als auch die zivilgesellschaftliche baskische Säule zu stärken und damit Druck auf den spanischen Staat auszuüben, seine repressive Konfliktstrategie fallen zu lassen.

Die spanische Regierung versucht händeringend, das Schwert des Terrorismus vorzuziehen und ihren Kampf weiterhin als Antiterror-Kampf zu deklarieren. Aber angesichts einer völligen gewaltfreien baskischen Bevölkerung, die über Großdemonstrationen, über politische Initiativen und über internationale Unterstützung ihre Ziele durchsetzen will, gerät die spanische Regierung zunehmend in die Defensive. Es ist ein offener Prozess und es sind noch viele Schritte zu leisten. In Spanien sitzen immer noch ca. 600 baskische Gefangene in spanischen Gefängnissen. ■



Lösungsoptionen in Konfliktregionen des Nahen Ostens

Dr. Michael Lüders – Nahost-Experte

Man kann aus den einzelnen Konfliktregionen sicher sehr viel lernen. Die Konflikte im Baskenland und Nordirland konnten deshalb gelöst werden, weil die gesellschaftliche und politische Entwicklung fortgeschritten ist.

Im Kontext der EU wurde ein Rahmen geschaffen, der sichergestellt hat, dass keine Repressionen mehr stattfinden sollen. Es gibt natürlich viele verschiedene Kernfaktoren, die man bei der Konfliktlösung einbeziehen und berücksichtigen muss. Im Nahen Osten gibt es noch viele weitere schwierigere Faktoren, die es zu berücksichtigen gilt.

Die Kurden waren historisch gesehen die großen Verlierer der Neuaufteilung des Nahen Ostens nach dem 2. Weltkrieg, als sie durch die Großmächte auf die Staaten in der Region aufgeteilt wurden. So chaotisch die Situation im Nahen Osten auch ist, sind die Kurden auch die großen Gewinner. Im Südkurdistan (Nordirak) gibt es eine Autonomieregierung.

Der Druck der Nationalisten auf die türkische Regierung ist sehr stark, wogegen die Regierung auch nicht viel verrichten konnte und wovor sich auch gefürchtet hat. Die Lage in Syrien hat für die Kurden eine neue Situation geschaffen. Kurden profitierten vom Zerfall der Syrischen Regierung. Aber es gibt auch andere Probleme in Nordsyrien. Anders als im Nordirak sind die Kurden in Syrien viel heterogener. Sie sind in Syrien in Aleppo und Damaskus auch sehr stark vertreten. Daher ist die Bildung einer territorialen Autonomieregion wie im Nordirak in Nordsyrien nicht möglich. Die Lage im Nahen Osten ist sehr viel komplizierter, als es das in den beiden Konfliktregionen im Baskenland und Nordirland ohnehin auch schon war. Dies wird auch noch lange Zeit andauern.

In Syrien haben die Kurden sich gegen die Daaisch Organisation (auch genannt ISIS) zu wehren, die sich mehrheitlich aus dem Irak organisiert und das Kurdengebiet in Syrien bekämpft.

Der Widerstand der Kurden ist weiterhin sehr hoch



und ungebrochen. Leider wird dieser Widerstand noch lange Zeit andauern.

Das kurdische Gebiet im Norden ist wenigstens unabhängig. Im Grunde genommen verzieht sich im Nahen Osten eine Neuaufteilung der regionalen Staaten, die lange Zeit Bestand hatten und nach dem Zerfall des osmanischen Reiches entstanden sind. Vor allem Irak und Syrien werden in der alten Form keinen Bestand mehr haben. Den Irak gibt es natürlich auf dem Papier nach wie vor als geeinten Staat aber de-facto ist das kurdische Gebiet im Norden unabhängig. Eine formale Unabhängigkeitserklärung verbietet sich, weil man die Türkei nicht provozieren will und die Türkei der große wirtschaftliche Nutznießer im Irak ist. Dort sind die Türken wirtschaftlich sehr stark vertreten. Der Krieg in Syrien wird noch lange andauern.

Für die Kurden stellt sich die Frage: *Wie gehen sie mit einer solchen Situation um?*

Die Frage, mit der man sich künftig beschäftigt: Stellt man sich auf die Seite der Regierung oder auf die der Opposition? Im Falle einer Positionierung auf Seiten der Opposition fragt man sich wiederum, welche Opposition das sein soll, denn es gibt mittlerweile unüberschaubar viele Oppositionsgruppen.



Will man möglicherweise erst mal eine Zwischenlösung oder wie geht man da vor?

Bashar Al Esad hat die Kurden im Norden bewusst erst mal so gelassen, in der Hoffnung, dass Nordsyrien als Gebiet von Seiten der PKK für einen Kampf gegen die Türkei in den Grenzgebieten genutzt wird. Da die Grenzen zwischen Syrien und der Türkei vollständig in den Händen der Daaisch (ISIS) ist, hat die Türkei diese Grenzübergänge geschlossen und hat hier ein großes Problem.

Das Grundproblem in Syrien scheint zu sein, dass die feudalen Strukturen noch sehr präsent sind. Das bedeutet, dass die Zugehörigkeit zu einer religiösen

Es wäre dann eine politische Situation, wie man sie in Deutschland vor 1870 hatte. Den Kurden kommt eine große Verantwortung zu. So schwierig die Situation für die kurdische Bevölkerung in Syrien auch ist, sie kann eine Brückenfunktion in der Zeit nach dem Krieg einnehmen.

Ob es einen wirklich kurdischen Staat geben wird, dass sieht man sehr bescheiden. Eventuell muss es den Staat Kurdistan nicht geben, wenn sich die wirtschaftliche und politische Situation verbessern. Dann könnten sie auch auf ein Kurdistan verzichten. Wenn sich die wirtschaftliche und politische Lage zum Positiven verändert, dann wird es nicht ausschlaggebend sein, ob man einen syrischen oder kurdischen Pass besitzt.



oder ethnischen Gruppe sehr viel prägender ist für die Identität des Einzelnen und für die Verfassung eines Staates als ein gemeinsamer Staatsgedanke. Ein Syrer ist in dem Moment, zumindest wo der Staat nicht mehr existiert, ein Alevite, Alawite, Sunnite, Kurde oder Araber. Diesen Mechanismus zu überwinden ist sehr schwierig.

Die große Gefahr besteht darin, dass es, wenn die Fragmentierung enorm fortschreitet, dann nur noch kleine Inseln gibt verschiedener ethnischer und religiöser Zugehörigkeit. Diese sind dann in wirtschaftlicher Hinsicht nicht lebensfähig und würden versuchen, sich untereinander einzugrenzen.

Wenn es ein kurdischer Staat werden sollte, wie wird er sein? Wird er nur von wenigen Herrschern beherrscht oder entsteht eine demokratische Regierung? Die Kurden haben natürlich sehr viel Leid erfahren. All das werden Dinge sein, die uns noch sehr lange beschäftigen werden und worauf wir heute noch keine Antwort haben. Wichtig ist nur, einen kühlen Kopf zu bewahren und sich nicht manipulieren und instrumentalisieren zu lassen von denjenigen, die vom Krieg profitieren. ■



YXK-Redebeitrag zur Kurd-Akad-Konferenz am 25.01.14

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz „Der Weg zum Frieden in Kurdistan: Lösungsmodelle im internationalen Vergleich“, liebe Freundinnen und Freunde,

zunächst möchte ich mich im Namen des Verbands der Studierenden aus Kurdistan – YXK bei den Freundinnen und Freunden von Kurd-Akad bedanken, dass sie uns allen, die wir hier heute anwesend sind, einen Raum geschaffen haben, in dem wir über die für uns so wichtige kurdische Frage und Perspektiven für ihre Lösung diskutieren können. Des Weiteren möchte ich ihnen als Jugendlicher danken, da sie die Stimme der Jugend zu Wort kommen und nicht ungehört lassen. Angesichts des interessanten Podiums im folgenden Forum 2 möchte ich mich kurz

hoffentlich auch, wie diese gesellschaftlichen Wunden geheilt werden könnten, ohne noch hässlichere Narben zu hinterlassen, als die bisherigen. Da die kurdische Frage so weitreichend ist und die Wunden so brutal, kann ein Lösungsprozess nur ein gesellschaftlicher Prozess sein, der von der Breite der Zivilgesellschaft und Bevölkerung getragen, aber auch gestaltet wird – vor allem, wenn ein freies Kurdistan über nichts bescheideneres als die Demokratisierung der Türkei erreicht werden soll.

Der YXK hat in den letzten Jahren Südafrika, Irland und das Baskenland bereisen und Eindrücke von den dortigen Prozessen sammeln können. Ich möchte ein paar Erfahrungen aus dem Baskenland mit euch teilen. Dort haben wir die Jugendorganisation der

Verband der Studierenden aus Kurdistan e.V.



halten und den Referentinnen und Referenten auch nicht inhaltlich vorweggreifen.

Als sich Anfang letzten Jahres der Beginn eines Prozesses abzeichnete, dessen Verlauf und Ausgang damals wie heute äußerst ungewiss sind, erfüllte uns das mit großer Euphorie. Für uns war schnell klar, dass dieser Prozess nicht den üblichen, bekannten politischen Akteuren überlassen werden dürfe. Der Konflikt um die kurdische Frage, die letztendlich in der kapitalistischen Moderne wurzelt, ist derart tief in den Gesellschaften Mesopotamiens und Anatoliens verankert, dass er das Zusammenleben der verschiedenen Identitäten dominiert. Welch tiefe Wunden der Konflikt in die Gesellschaften der Region und auch die Diaspora-Gemeinschaften geschlagen hat, werden wir gleich hören, und

abertalen Linken, Ernai, kennen lernen können. Ernai hat sich 2013 nach zwei Jahren Vorbereitung vor der Realität des Baskenland-Konflikts gegründet. Sie organisiert nicht nur Jugendliche, um eine selbstbewusste und verantwortungsvolle Rolle im Kampf der Baskinnen und Basken um Selbstbestimmung einzunehmen, sondern verbindet dies mit dem mutigen Beziehen von fortschrittlichen Positionen in diversen gesellschaftliche Fragen, etwa der Frage nach einem Recht auf Stadt, der Bildungs- und Arbeitskämpfe oder der Geschlechterfrage. Mit dieser Ausrichtung an einer Perspektive, die weit über die nationale Selbstbestimmung hinausgeht, gelingt es Ernai immer wieder, wichtige progressive Impulse zu setzen, die abertzale Linke an der Basis zu stärken und somit eine Sicherung für einen kontinuierlichen Fortschritt des Kampfs dieser Bewegung zu sein.



Das erzähle ich euch, da mich eine Antwort der kurdischen Bewegung auf die Frage, ob sie sich bezüglich des Prozesses nicht von der Regierung hat täuschen lassen, sehr beeindruckt. Die Antwort lautet, dass sie nie auf die Aufrichtigkeit der Regierung vertraut hat und nicht davon ausgegangen ist, dass ein Wandel der Regierungshaltung den Konflikt um die kurdische Frage beilegen wird. Statt auf die Regierung werde auf die politische Reife der kurdischen Gesellschaft vertraut. Diese habe mittlerweile ein derartiges Selbstbewusstsein und Verantwortungsgefühl entwickelt, dass der Prozess nicht abgebrochen werden oder eine regressive Richtung einschlagen könne, ohne angemessene Antwort aus der Zivilgesellschaft und Bevölkerung.

Vor diesem Hintergrund führt sich der YXK auch immer wieder die Erfahrungen aus dem Baskenland vor Augen, wo eine dynamische und selbstständige Jugendorganisation ihren eigenen Weg geht und dabei einen gesellschaftlichen Prozess trägt und vorantreibt. Diese Haltung stellen wir auch immer wieder auf unseren jährlichen Delegationen nach Nordkurdistan bei den verschiedenen Strukturen der Demokratischen Autonomie fest, seien es die Selbstverwaltungsstrukturen oder die zivilgesellschaftlichen Einrichtungen. Sie inspirieren uns und lassen uns darauf vertrauen, dass ein Prozess zur Beilegung des Kurdistan-Konfliktes mit der gerechten Lösung der kurdischen Frage verbunden sein wird. Ob und wie der aktuelle Prozess eine solche Richtung beibehalten oder einschlagen kann, werden wir gleich mit dem Podium des zweiten Forums diskutieren.

Was uns als Studierendenorganisation in der Diaspora noch sehr am Herzen liegt – und damit möchte ich zum Ende kommen – ist die Rolle, die die Diaspora im aktuellen Prozess einnehmen kann. Die kurdische Gemeinschaft in der Diaspora fühlt sich nach wie vor stark mit der Gesellschaft Kurdistans verbunden und zeigt immer wieder, dass sie bereit ist, einen Beitrag zur Lösung der kurdischen Frage zu leisten. Dass auch Europa Austragungsort des Konflikts ist, liegt angesichts der hiesigen Verfolgung der kurdischen Bewegung und der Interessen der verschiedenen europäischen Akteurinnen und Akteure auf der Hand. Dazu wird auch gleich gesprochen werden. Leider macht Europa überwiegend durch negative Meldungen von sich Reden, etwa

durch den nach wie vor unaufgeklärten Mord an Sakine Cansiz, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez oder das peinliche PKK-Verbot. Daher möchte ich euch auffordern, bei den heutigen Diskussionen auch immer wieder Bezug zu uns selbst als Zivilgesellschaft in Europa, in der Diaspora herzustellen und uns nicht losgelöst von einem abstrakten Prozess in der fernen Türkei zu betrachten.

Nur wenn wir uns selbstbewusst und verantwortungsbewusst involvieren, können wir einen Beitrag zu einem gesellschaftlichen Prozess leisten, an dessen Ende eine gerechte Lösung der kurdischen Frage stehen wird. Das sollte unser Ziel sein, dem wir mit der heutigen Konferenz einen Schritt näher kommen können. ■



Forderungen und Ansprüche der kurdischen Gesellschaft: Der Türkisch-kurdische Friedensprozess zwischen Progression und Stagnation: Wege zu einem gerechten Frieden aus Sicht der Kurden

Hasip Kaplan – Parlamentsabgeordneter, Partei für Frieden und Demokratie (BDP), Türkei

In Kurdistan werden mehrere Sprachen gesprochen und es gibt nicht „die kurdische Sprache“. Ebenso gibt es auch viele Religions-gemeinschaften. In diesem Friedensprozess ist es daher besonders wichtig, dass auch die Kurden zu einer Einigkeit finden.

Politik liegt häufig in den Händen anderer Länder, welche eigene Interessen verfolgen. Vor diesem Hintergrund sollten wir wissen, dass es in Syrien nicht unbedingt einen Frieden geben wird.

Die Weltwirtschaftskrise Anfang des 20. Jahrhunderts und der darauffolgende Erste Weltkrieg haben die ganze Welt erschüttert. In Afrika wurden mit einem Lineal gerade Linien gezogen und Länder festgelegt. Ähnlich geschah es auch mit der Türkei. Die Türkei gab es damals noch nicht. Man hatte gesagt: „Dort brauchen Sie kein Lineal“. Es waren Gleiswege, die das kurdische Volk getrennt haben.

Heute im 21. Jahrhundert erleben wir die dritte Finanzkrise. Auch in Kurdistan finden viele Veränderungsprozesse statt: Es gibt Föderationen und autonome Strukturen. Unser Volk ist diesbezüglich im Norden und Westen Kurdistans besonders aktiv und somit maßgeblich an den Prozessen beteiligt. Jahrelang wurde gesagt, dass die Kurden keine Lieder haben, keine Gedichte usw. – alles wurde negiert. Die Diskussion darüber sollte nunmehr vorbei sein. Am 21. März hat der politische Repräsentant des kurdischen Volkes Abdullah Öcalan einen historischen Aufruf gemacht und den Weg für Frieden und Demokratie in der Türkei geebnet. Gerichtet war dieser Aufruf an das gesamte Volk. Auch wir Referenten dieser Runde kommen aus allen Regionen des Landes.

Der ganze Westen der Türkei diskutiert über den Friedensprozess und die Entwicklungen in der Türkei. Abdullah Öcalan selbst auf der Gefängnisinsel Imrali ist ein wichtiger Teil dieser Diskussionen. Von offizieller türkischer Seite ist allerdings der Wille für einen wahren Frieden nicht vorhanden. Die Arbeit der Verfassungskommission wurde eingestellt. Von



staatlicher Seite gibt es keinen Gedanken, der auf Freiheit ausgerichtet ist. Stattdessen herrschen enorme Repressionen. Es gibt die drei Parteien, die alles bereden aber es ändert sich nichts. Und was machen sie heute? Sie betreiben Korruption und beuten die Menschen aus.

Es gibt einen Weg, den wir Frieden nennen und den wir gehen – als Partei für Demokratie und Frieden.





Die Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen in der Türkei

Öztürk Türkdogan, Vorsitzender des Menschenrechtsvereins IHD, Türkei



Ich erachte es als wichtig, im Zusammenhang mit den Verbrechen in der Türkei, die richtige Terminologie zu verwenden. Zunächst gibt es das Genozid mit dem Beispiel Dersim. In diesem Fall wäre es eine Verharmlosung von einem Massaker zu sprechen. Es handelt sich um ein typisches Genozid.

Als zweites gibt es die Verbrechen gegen die Menschlichkeit – z.B. der Putsch des 12. September, die bewaffneten Kämpfe ab 1984 usw. Es gibt viele Beispiele und allen voran sind es die sog. Morde unbekannter Täter. Zuletzt gab es in Roboski ein Ver-

brechen gegen die Menschlichkeit. Es gibt sexuelle Gewalt gegenüber Frauen, Gewalt gegen Jugendliche, Entzug von Essen usw.

Man will sich den in der Region Kurdistan begangenen Kriegsverbrechen nicht stellen – z.B. die zahllosen Dorfzerstörungen. Das Massaker von Roboski ist ein gutes Beispiel hierbei. In den Gesetzen der Türkei werden Kriegsverbrechen kaum aufgeführt, nur in den Gesetzen des türkischen Militärs und dort auch nur begrenzt.

Die Konvention der UN gegen Verschwindenlassen hat die Türkei noch nicht ratifiziert. Eine zivile Organisation diskutiert mit der Regierung darüber; trotz der Gespräche bewegt sich jedoch nichts, weil die Türkei die Konvention nicht ratifiziert. Bei einer Ratifizierung müsste sie sich verpflichten, diese Verbrechen selbst einzustellen.

Statistiken des Menschenrechtsvereins

Über 2.500 Menschen sind seit 1990 durch staatliche Stellen ganz offensichtlich ermordet worden (sog. „Morde unbekannter Täter“). Über 1200 sind in Gefängnissen getötet worden, 940 auf Demonstrationen. Ein Großteil dieser Menschen dürfte in Massengräbern begraben sein. Vergleichend zu unseren Zahlen gibt es auch eine Bilanz des Staates, nach der derartige Fälle unter dem Begriff „Terrorproblem“ subsumiert werden. Immer noch betrachtet der türkische Staat alles als Kampf gegen Terrorismus.

Die Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit Morden unbekannter Täter gehen meistens sehr schnell. Die Opfer werden als Schuldige betrachtet. Oft werden die Verdächtigen, z.B. ein Offizier, nur in eine andere Provinz versetzt, obwohl starke Beweise für die Tat vorhanden sind.

Die staatliche Kommission zählt 905 Dörfer auf, die in 20 Provinzen geräumt wurden. Wir sagen, dass dies zu niedrig beziffert ist. Über 3000 Menschen wurden bisher in Massengräbern entdeckt. Wir wollen die Angehörigen der Verschwundenen überzeu-



gen, dass die Massengräber nicht mit Baggern ausgegraben werden sollen. Denn das führt zu viel Zerstörung und wir können die Toten nicht identifizieren. Leider gibt es keine Konfrontation mit diesem Verbrechen.

Es gab von staatlicher Seite sehr viele Kommissionen, u.a. zum Massaker von Sivas, zum Susurluk-Skandal, eine zu den zerstörten Dörfern, zum ermordeten Journalisten Ugur Mumcu, zu Straßenkindern und auch eine zur gesellschaftlichen Verständigung im Rahmen des Dialogprozesses. Dies zeigt uns: Alles, was als Terrorproblem definiert wird, wird als Sicherheitsproblem betrachtet. Und deshalb wurde auch keine richtige Schuldfrage gestellt. Der Bericht der staatlichen Kommission zur gesellschaftlichen Verständigung im Dialogprozess schlägt vor, sich mit der PKK zu treffen. Jedoch hat dieser Bericht große Lücken.

Der Genozid von Dersim wird von der Regierung instrumentalisiert, um die CHP in die Ecke zu drängen. Es gab gesetzliche Änderungen zu den Putschen, aber keine Entschädigungen für die Opfer. Es gibt viele Aktivitäten der Menschenrechtsvereine und der Delegation der Weisen. Den Berichten der Kommission zur Wahrheitsfindung können wir entnehmen, wie brutal die Verbrechen waren. Sehr viele der aufgeklärten Verbrechen kamen aus staatlichen Strukturen. Es ist schwierig mit einer solch unseriösen Mentalität die Verbrechen aufzuklären. So lange diese Umstände bestehen, kann man die Verbrechen auch nicht gründlich aufarbeiten.

Die Regierung sagt, die Gespräche mit der kurdischen Seite würden weitergehen. Ich denke, dass die Regierung auch auf Abdullah Öcalan vertraut, der am Frieden festhält. Aber die Regierung hat keine Visionen, wie es weitergehen soll. Wie soll z.B. die Kommunikation mit Öcalan weiterlaufen? Die Gründung einer Kommission ist dabei wichtig. Man muss Maßnahmen treffen, die Vertrauen erwecken. Wir erwarten nicht, dass vor den Wahlen viele Schritte unternommen werden; aber es kann sein, dass einige andere Kommissionen nach Imrali fahren, um diesen Prozess zu retten. Es ist wichtig, dass die Menschen erfahren, was Abdullah Öcalan denkt.



IHD - Menschenrechtsverein



Ein Abriss der Friedensverhandlungen und die Leitlinien der türkischen Regierungspolitik

Prof. Dr. Mithat Sancar, Rechtswissenschaftler, Türkei



Wenn wir uns mit dem Friedensprozess beschäftigen, sollten wir auf das vergangene Jahr zurückblicken. Bei derartigen Prozessen spielt die „große Politik“ eine wesentliche Rolle. Frieden sollten wir nicht nur aus idealistischen Gründen verlangen. Beide Seiten haben Rechnungen und Ziele bei solch einem Prozess.

Warum begann der Dialog 2012?

Es war kein Zufall oder ein Wunsch beider Seiten. Der Dialog begann, weil die Geschichte und die Region beide Seiten dazu gezwungen haben. Durch den Krieg in Kurdistan und die Lage in Rojava (Westkurdistan) hat auch die türkische Regierung den Bedarf gesehen, eine neuere Kurden-Politik anzufangen.

Die 2. Frage ist: *Soll der Mittlere Osten aus vielen kleinen und ethnisch orientierten Staaten oder aus großen Bündnissen, die große Regionen umfassen, gebildet werden?*

Die Islamisten in Syrien zielen auf eine Verschärfung der Situation ab und haben Interesse an kleinen Nationalstaaten. Ein Mittlerer Osten mit vielen kleinen Staaten kann ohne Krieg nicht gegründet werden.

Es gibt verschiedene Positionen. Abdullah Öcalan ist der Architekt dieses neuen Prozesses und die Regierung geht diesen Weg.

Öcalan und die kurdische Seite wollen natürlich einen neuen Mittleren Osten mit einem Frieden. Die AKP beantwortet diese Frage nicht wirklich, weil es aus ihrer Sicht keine Antwort hierauf gibt. Gegen die Kurden in Syrien schürt sie Kriege und schickt Waffen an die Gruppen, die gegen die Kurden kämpfen. Die AKP verfolgt eine Politik, die alles sprengen könnte.

Die kurdische Bewegung hat dieser Frage im Grunde schon sehr lange eine Antwort gegeben, vor allem mit der Idee des Demokratischen Konföderalismus. Auch ich favorisiere dieses Modell für den Mittleren Osten. Die Kurden wollen, mit allen Bevölkerungsgruppen in Strukturen leben, in denen es keine Grenzen gibt. Der Vertrag von Lausanne muss gar nicht negiert werden, durch das praktische Vorleben gerät es in den Hintergrund. Öcalan hat seine Präferenzen in diesem Sinne geäußert. Doch die AKP hat noch keine klare Antwort gegeben.

Von Davutoglu kommt manchmal der Vorschlag einer Art Föderation des Mittleren Ostens. Aber im Hinblick auf die Entwicklungen in Ägypten hat die



AKP mit ihrem Verhalten eine andere Haltung gezeigt. Sie verfolgt eine Politik, die zu einer Eskalation der Situation führt.

Bei den Gesprächen mit den Japanern und der EU zeigte sich, dass sie nicht den Krieg und die Kleinstaaterei haben wollen.

Öcalan hat einen Prozess eingeleitet, der sehr strategisch ist und deren Planungen sehr weitreichend sind. Es ist kein Prozess, der mit den täglichen Entwicklungen gestoppt wird und so sollte er auch nicht betrachtet werden. Wenn dieser Prozess gestoppt wird, bedeutet das Krieg und das wäre eine Katastrophe. Große Fehler der AKP können eine Kriegsgefahr bedeuten, aber das ist noch nicht abzusehen.

Viele von Ihnen sagen, der AKP könne man nicht vertrauen, aber darum geht es nicht. Friedensprozesse werden nicht durch Vertrauen eingeleitet. Wenn eine Seite demokratisch ist, kann man darauf bauen.

Ein Parteimitglied aus dem ANC sagte einmal, dass er Frederik Willem de Klerk gar nicht mochte, aber er wäre ein Realist und hätte erkannt, wo sich ein Land hin entwickelt, wenn man den Prozess nicht ernst nimmt.

Das Leben von Mandela wurde verfilmt. Mandela wurde Amnestie angeboten, wenn der bewaffnete Kampf aufgegeben wird. Die Gespräche liefen aber bis 1990. Es gab eine Runde aus fünf Personen, in der darüber diskutiert wurde. Alle rieten Mandela ab, die Gespräche fortzusetzen. Mandela sagte: „Vertraut mir“ und die Gespräche gingen fortgeführt.

Ebenso akzeptiere ich die Zweifel gegenüber Öcalan nicht, denn er hat eine Vision.

Es ist ein sehr schwieriger Weg. Aber vergessen wir nicht, Demokratie in der Türkei und Freiheit sind ein ganz großes Ziel. Die AKP verhandelt nicht einfach so, sondern nur weil die kurdische Bewegung sie so weit gebracht hat. Es gibt ein großes Ziel und die kurdische Bewegung sollte trotz jeglicher Zweifel nicht vom Weg abweichen. Die Kurden sind auf einem sehr guten Weg. ■



Rat der Weisen bestand aus Wissenschaftler, Politiker, Schriftsteller, Journalisten, Schauspieler und Musiker in der Türkei



Europäische und internationale Interessen im kurdischen Konflikt

Havin Güneser – Internationale Initiative „Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan“

Die letzten Jahrzehnte, in denen Entwicklungen und Friedensprozesse stattgefunden haben, sind für uns sehr wichtig. All diese Völker haben sich von dem Punkt, dass sie nicht existierten oder anerkannt waren, so weit entwickelt, dass sie heute unabhängig geworden sind. Vor diesem Hintergrund ist es auch ganz wichtig, dass man schaut, was danach passiert ist.

Was ist es, was wir selber wollen und wie können wir diesen Prozess weiterführen? Was für ein System können die Kurden in Rojava aufbauen?

Das sind Themen, die wir behandeln. Ein gutes Beispiel ist Südafrika. Es gab sehr viele Völkermorde. Auch nach der Freilassung Mandelas gab es noch Morde. Viele Bewegungen sind in Südafrika zusammengekommen. Nach wie vor gibt es Fragen und viele sind bisher unbeantwortet geblieben. Trotzdem kann man sagen: Prozesse, die in dieser Art stattfinden, sind wichtig. Warum? Man muss wissen, wohin es geht? Es gibt keine Fragen, auf die es keine Antworten bzw. für die es keine Lösungen gibt. Für viele war der ANC eine terroristische Partei und Mandela ein Terrorist - auch nachdem er seine politische Position abgeben hatte. Die Frage lautet also, wie kann man für all diese Probleme eine Lösung finden? Wir wollen einmal schauen, welchen Beitrag die internationale Gemeinschaft haben kann.

In allen revolutionären Bewegungen kommt man an diesen Punkt und man muss reflektieren. Viele Länder, die in dieser Situation waren, haben auch überhaupt keine internationale Unterstützung erfahren. Die Unterstützung ist also nicht immer automatisch gegeben. Man sieht, dass es bei ausbleibender Unterstützung immer diese Entwicklungsstufen geben wird. Alle gegebenen Beispiele belegen dies.

Vor der Revolution in Südafrika herrschte eine Politik

der Assimilation und die Regierung wollte dies unter den Teppich kehren. Es gibt natürlich diese Ansätze der kapitalistischen Länder. Es gibt zwei Seiten, die zueinander finden müssen, und eine internationale Gemeinschaft muss gefragt sein.

Es ist nicht allein eine kriegerische Auseinandersetzung vonstattengegangen. Internationale Mächte und Bewegungen sind die Wurzel des Übels. Dies sieht man zur Zeit auch im Nahen Osten. Von außen wurden aber genau diese Aufteilung und die Ungerechtigkeit unterstützt. So überlässt die internationale Gemeinschaft beispielsweise die Kurden sich selbst, obwohl sie mit verantwortlich ist an der jetzigen Situation der kurdischen Bevölkerung. Gleichzeitig wird gesagt, das Volk hätte kein Recht auf Selbstverteidigung.



Wie können sich die Kurden nun aus dieser Lage heraus manövrieren?

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde kein anderer Staat gegründet. Öcalan aber hat eine antikapitalistische Bewegung gegründet; dies ist wichtig zu erwähnen. Die internationale Gemeinschaft ist gegen Öcalans Ideen. Nach wie vor existieren diese hegemonialen Ansätze. Was Öcalan möchte, ist eine Lösung, die weit über die kapitalistischen Interessen hinausgeht.

Die europäische Gemeinschaft war 1999 dem internationalen Komplott gegen Öcalan beteiligt. Doch wir haben keine adäquate Plattform gefunden, um zu verdeutlichen, dass Öcalan für den Frieden nach Europa gekommen ist. Alle haben nachgesprochen, was Erdogan vordiktirt hat. Die Ziele der Türkei sind offensichtlich. Es gibt immer noch geheime Treffen.

Es gibt die Morde an den drei kurdischen Politikerinnen in Paris. Ich möchte betonen: Unterstützung und Solidarität sind wichtig und essentiell. Öcalan hat eine Strategie, die die Gemeinschaft aller Völker unterstützt. Abschließend möchte ich meine Forderung nach Freilassung von Abdullah Öcalan nochmals betonen. ■



FAZIT

Die Fachtagung „Der Weg zum Frieden in Kurdistan: Friedensmodelle im internationalen Vergleich“ erfreute sich regen Interesses. Über 200 AkademikerInnen und Interessierte verfolgten die Vorträge der internationalen ReferentInnen in den beiden Foren sowie der anschließenden Podiumsdiskussion.

Folgendes Fazit kann vorweg gezogen werden: Der Weg zum Frieden ist stets ein langer, steiniger und riskanter Weg.

Die Realität der Friedensprozesse von Nordirland und dem Baskenland, aber auch die vielfach angesprochene Überwindung des Apartheidregimes in Südafrika zeigt die Dynamik, die solche Prozesse beinhalten. Progression und Rückschläge gehen oft parallel einher. Erste Dialoge kommen nicht einem Friedensprozess, gar einem Frieden als Resultat gleich.

Im Zentrum der Verhandlungen stehen zwar Bewegungen und Staaten, jedoch auch Persönlichkeiten und Staatsführer. Wesentliche Kontrahenten und Akteure dieser Prozesse sind das Militär, der Staat und die Befreiungsbewegungen bzw. die für Freiheit kämpfenden Völker und ihre politischen Vertreter. Weitere wesentliche determinierende Faktoren eines realen und zugleich zielorientierten Friedensprozesses sind neben einer Beendigung der militärischen Auseinandersetzung die Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen, z.B. durch Wahrheitskommissionen, und die Etablierung von demokratischen Verfassungen. Insbesondere letzteres liegt in der Verantwortung der Parlamente. Menschenrechtsverletzungen werden oftmals unter dem Deckmantel der staatlichen Terrorismusbekämpfung legitimiert. Ihre Aufarbeitung ist jedoch unerlässlich für einen gerechten Frieden. Wahrheitskommissionen sind hierfür unabdingbar. Denn sie sind zur Durchbrechung der Geschichtshoheit und des Betreibens von Konflikten als Propagandafeldzüge durch Staaten unerlässlich. Täter und Opfer kommen zugleich zu Wort und so kommt die facettenreiche Wahrheit ans Licht. Während in Südafrika die Wahrheitskommissionen frühzeitig etabliert wurden, stehen sie in Nordirland noch immer zur Debatte. Eine dort von der britischen Regierung etablierte Polizeikommission verfehlte ihr Ziel.

Der Übergang vom bewaffneten Kampf zu einer rein politischen Auseinandersetzung ist stets wünschenswert, liegt jedoch nicht immer im Interesse der repressiven Staaten. Viele Staaten fürchten die

politische Kraft, die von Freiheitsbewegungen ausgeht, stärker als die militärische Auseinandersetzung. Geheimdienste spielen in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle und sind Ausdruck von zwei Facetten einer Medaille. Auf der einen Seite führen sie Gespräche, auf der anderen sabotieren sie diese. Es gilt entsprechende Hardliner zu dechiffrieren und dem politischen Weg und Wirken den Rücken zu stärken.

Außer Acht gelassen werden darf auch nicht die internationale Dimension von Konflikten und Friedensprozessen. Staatliche Interessen beeinflussen wesentlich die Haltung demgegenüber, wie sich zuletzt an der 2. Syrienkonferenz von Genf gezeigt hat. Der einem Pulverfass gleichende Nahe Osten ist zum Spielball internationaler Staatenbündnisse und Interessen geworden. Der Wille der Völker wird konsequent negiert.

Was bedeutet dies im konkreten Fall der Kurdischen Frage?

Der politische Repräsentant des kurdischen Volkes, Abdullah Öcalan, ist seit seiner völkerrechtswidrigen Verschleppung in die Türkei im Jahre 1999 auf der Gefängnisinsel Imrali inhaftiert. Eine Delegation des türkischen Geheimdienstes führt zwar im Auftrag der türkischen Regierung seit über einem Jahr Gespräche mit ihm, jedoch haben Vertreter der kurdischen Seite nur eingeschränkten Zugang zu ihm. Friedensprozesse sind gesellschaftliche Umwandlungsprozesse, so dass auch anderen gesellschaftlichen Kreisen Zugang zu den wesentlichen Akteuren geschaffen werden muss. In diesem Zusammenhang steht auch die Forderung von Freiheit für Abdullah Öcalan, die unerlässlich für ein Voranschreiten dieses Prozess ist.

Im Hinblick auf die kurdische Frage ist noch kein Übergang von der Phase des Dialogs in einen tatsächlichen Friedensprozess erfolgt.

Doch hat bereits die Phase des Dialogs viele Veränderungen in der Türkei mit sich gebracht. Diese wird durch weitere Intensivierung zunehmend die demokratische Neustrukturierung des Staates mit sich bringen und die gesellschaftliche Denkweise verändern. Der Widerstand vom Gezi Park im vergangenen Jahr ist ein wichtiges Beispiel hierfür. Die Menschen hatten die Möglichkeit, Widerstand zu leisten ohne die Angst des unmittelbaren Krieges. Die Aufdeckung der Korruption, wenn primär auch Resultat von Interessenskonflikten zwischen der Re-



gierung Erdogan und der Gülen Bewegung, ist ebenfalls im Kontext des Friedensprozesses einzuordnen. Der türkische Staat verweigert sich der von Herrn Abdullah Öcalan und wichtigen Teilen der Zivilgesellschaft geforderten Etablierung einer offiziellen und unabhängigen Wahrheitskommission. Eine alternative wären zivile Wahrheitskommissionen. Die türkische Regierung blockiert zudem das Wirken des Parlamentes, wie sich an der Auflösung der Kommission für eine neue Verfassung gezeigt hat. Dabei ist die Etablierung von rechtlichen Grundlagen für eine Fortführung des Prozesses unerlässlich. Das Karfreitagsabkommen aus Nordirland sucht sein türkisch-kurdisches Äquivalent.

Es gibt keine Garantie, dass der Prozess stets friedlich und frei von Gewalt, gar Massakern bleibt. Die Morde an den drei kurdischen Politikerinnen in Paris am 09.01.2013 sind hierfür ein prägendes Beispiel. Immer mehr Beweise deuten hierbei auf eine Verantwortung des türkischen Geheimdienstes hin, was deren zentrale Rolle in solchen Prozessen (als Verhandelnde und Saboteure zugleich) unterstreicht. Die Entwicklungen in Westkurdistan (Rojava) sind ebenfalls ein determinierender Faktor dieser Phase. Hier wurde jüngst die demokratische Autonomie deklariert und in drei Kantonen Selbstverwaltungsstrukturen, welche alle dort lebenden Ethnien und Religionen einbeziehen, etabliert. Eine starke politische oder gar militärische Intervention durch den türkischen Staat wird den politischen Prozess in der Türkei maßgeblich gefährden.

Rojava ist zugleich ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur innerkurdischen Einheit. Auch wenn sich die Regierung der autonomen kurdischen Region im Nordirak eher kontraproduktiv einbringt, werten weite Teile der kurdischen politischen Landschaft die dortigen Entwicklungen als wichtige Errungenschaft, die es zu stärken und auszubauen gilt.

Das Faktum Rojava hat auch eine wichtige internationale Dimension. Denn die Deklaration der Selbstverwaltungsstrukturen stellt zugleich eine Antwort auf die Ausgrenzung der betroffenen Völker bei der 2. Syrienkonferenz in Genf dar. Dabei stellt das Modell der demokratischen Autonomie, so auch der Tenor der ReferentInnen der Fachtagung, ein modellhaftes und wichtiges Lösungskonzept für die Konflikte in der Region dar.

Es zeigt sich: Auch der Weg zum Frieden in Kurdistan ist ein langer, steiniger und riskanter Weg. Aber er ist nicht unrealistisch und schon fortgeschritten. Es

gilt die Gefahren und Hürden zu erkennen und sie zu beseitigen, sich der Vergangenheit zu stellen und damit Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen.

Abschließen können wir in diesem Zusammenhang mit dem Fazit, das die Moderatorin der Podiumsdiskussion gezogen hat: Der Friedensprozess muss konsequent weiter geführt und alle Menschenrechtsverletzungen müssen aufgeklärt werden. Eine einige, starke kurdische Bewegung mit internationaler Unterstützung wird dies schaffen. In einem Brief an den Guardian schrieb Abdullah Öcalan: „Menschen sind nicht durch eine despotische Führung zu bewegen, sich für ihre Rechte und Frieden einzusetzen, sondern nur durch Vertrauen; Vertrauen in die eigene Führung, in die eigene Bewegung ist ganz bedeutend.“ In diesem Sinne: machen wir weiter, jede und jeder an ihrem oder seinem Platz mit Vertrauen, Mut und klugen Entscheidungen für Frieden in Kurdistan. ■

Fachtagung von Kurd-Akad in Dortmund

Der Weg zum Frieden in Kurdistan: Friedensmodelle im internationalen Vergleich

25.01.2014
Handwerkskammer Dortmund
Reinoldstraße 7-9
44135 Dortmund
Beginn: 13:00 Uhr

- **Forum I: Internationale Friedensprozesse im Vergleich**
 - Sally Appala (Lehrin, Generalistin der Demokratischen Partei, Südafrika)
 - Dr. Ueli Erard (Journalist, Deutschland)
 - Michael Lohr (Mitarbeiter, Deutschland)
 - Moderation: Nadia Geysser (Dachstuhl, NRW)
- **Forum II: Demokratisierung und Partizipation in der Türkei**
 - Muzen Gü (Schiedsrichter Sprecher der Partei für Demokratie und Frieden-BDP, Mitglied des türkischen Parlaments, Türkei)
 - Prof. Arifal Sencer (Rechtswissenschaftler, Türkei)
 - Güllü Yildiz (Präsidentin des Menschenrechtsvereins HEM, Türkei)
 - Muzen Güner (Mitglied Initiative Freiheit für Kurdistan in Kurdistan, Deutschland)
 - Moderation: Güllü Akbulut (Politikwissenschaftlerin, Cooska Azad e.V., Frankfurt a.M.)
- **Podiumsdiskussion**
 - Moderation: Brigitte Schabert (Dipl. Pädagogin, Dortmund)

 

International Initiative
"Initiative for Kurdish Studies-Press in Kurdistan"
Kurdak: Netzwerk Kurdischer Studierenden e.V. / www.kurd-akad.com / Email: info@kurd-akad.com



ABSCHLUSSREDE



Wieder sind wir am Ende einer aus meiner Sicht erfolgreichen Fachtagung angekommen.

Wir haben uns intensiv mit dem Thema Frieden beschäftigt und sind dabei immer wieder auf den Begriff Krieg gestoßen. Doch nur wenn wir den Krieg aufarbeiten, können wir einen gerechten Frieden erschaffen.

Nelson Mandela sagte: „Ich bin jenen langen Weg zur Freiheit gegangen... Doch ich kann nur für einen Augenblick rasten, denn mit der Freiheit stellt sich Verantwortung ein, und ich wage nicht zu verweilen, denn mein langer Weg ist noch nicht zu Ende.“

Auch das kurdische Volk, auch die Völker des Nahen Ostens haben einen langen Weg vor sich. Doch wie sagte Abdullah Öcalan: Mandela war ein leuchtender Stern, der die Völker Afrikas erleuchtet hat. Wir werden diesen Stern über den Völkern des Mittleren Ostens leuchten lassen.“

In diesem Sinne verabschiede ich mich ganz herzlich von Ihnen mit dem Glauben an eine freie und gerechte Zukunft in Kurdistan, im Nahen Osten und weltweit.

Dersim Dagdeviren
Vorsitzende von Kurd-Akad

